

Gedanken zum neuen Jahr



Erik Bodendieck

© SLÄK

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchte ich Ihnen und Ihren Familien ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr wünschen. Ich hoffe, Sie konnten in Besinnlichkeit und Ruhe die Feiertage begehen und Kraft schöpfen. In unserer schnelllebigen sensationsheischenden Zeit ist dies wohl eines der schwierigsten Unterfangen, es sei denn man lebte als Eremit auf einer Insel, ohne Netz und tägliche Informationsflut.

Gerade die zweite Hälfte des letzten Jahres gab mir Anlass darüber nachzudenken, was mit uns passiert. Mit Bedenken las ich, dass das Wort „Flüchtlinge“ zum Wort des Jahres 2015 gewählt wurde. Zur Auswahl stand auch der Ausspruch „Wir schaffen das“ unserer Bundeskanzlerin.

Warum macht mir diese Wahl Sorgen? Unsere Gesellschaft ist nach 70 Jahren, also über drei Generationen, von einer Welle von hilfeschuchenden Menschen erfasst worden, welche wohl in dem Umfang kaum einer erwartet hatte. Über die nachvollziehbaren Ursachen möchte ich hier nicht schreiben. Das Funktionieren unserer staatlichen Verwaltung, ja auch unserer politisch Verantwortlichen, stieß dabei an Grenzen. Einerseits wurden Rufe nach massiver Begrenzung und Ausgrenzung laut. Genauso konnten wir Ansichten in die andere Richtung wahrnehmen. Der hilfeschuchende Mensch an sich gerät dabei in den Fokus und wird

für jede radikale Sichtweise instrumentalisiert. Tatsächlich ist mir in der Breite der gemachten und auch widergespiegelten Erfahrungen aber immer wieder die Aussage entgegengebracht worden „Die (Flüchtlinge) fallen gar nicht auf“.

Was also impliziert die Wahl des Wortes „Flüchtlinge“? Sie impliziert aus meiner Sicht eine Denkweise des Problematischen, des Bedrohenden, des Ausgrenzungswürdigen. Also eine Negativdenkweise. Die Worte unserer Kanzlerin sind jedoch positiv besetzt. Sie hat damit nicht gemeint, dass es keine Regeln geben soll, dass die Verfahren nicht geordnet werden sollen. Sie hat, auch das wurde ihr immer wieder vorgeworfen, damit keine Einladung ausgesprochen. Aber was kann eine Bundeskanzlerin anderes tun, als positiv zu denken, wenn sie ein Industrieland im globalen Kontext konstruktiv weiter entwickeln will? Leider wird diese politisch notwendige, positive und vor allem abwägende Denkweise in unserer Gesellschaft selten geteilt. Leider wird, dazu scheinen wir zu neigen, eher in Extremen gedacht. Dabei könnte man zuweilen den Eindruck gewinnen, dass eine extreme Gedankenwelt „LINKS oder RECHTS“ opportuner ist als eine andere. Keines der beiden Extreme unterstütze ich, trete ihnen sogar offen entgegen. Denn beiden Seiten wohnt eine inhumane Denkweise inne. Beide Seiten sind lediglich mit Gewalt in der Lage, ihren Vorstellungen Ausdruck zu verleihen. Zeichnet dies eine humanistisch geprägte Gesellschaft aus? Ich denke nicht. Jedoch kann ich mich nicht dem Eindruck erwehren, dass eine Seite positiver als die andere besetzt ist. Gewalttoleranz eingeschlossen. Leider fehlt unserer Gesellschaft zunehmend die Fähigkeit zum Diskurs. Dies treibt in Lager. Und ich möchte mir nicht vorstellen, wo dies sein Ende haben könnte.

Neben diesen gesellschaftspolitischen Vorgängen haben wir in der Gesundheitspolitik im vergangenen Jahr eine große Zahl an Gesetzesänderungen erlebt, wie sie so noch nie vorgekommen ist. Vieles trat zum 1. Januar 2016 in Kraft. Wenn man allein die große Zahl an kurzen Fris-

ten zur Umsetzung betrachtet, wird das Gefühl der Hochgeschwindigkeitsfahrt nicht schwächer. Fakt ist: das deutsche Gesundheitswesen wird sich in den nächsten Jahren deutlich in seiner Struktur verändern. Die Steuerungsmöglichkeiten der Ärzteschaft werden scheinbar abnehmen, was ich im Übrigen bezweifle, denn die Politik vertraut auf die Selbstverwaltung, sie braucht sie auch als Berater und als verantwortungsvoller Gestalter der ärztlichen Versorgung. Dies wird auch immer widergespiegelt. Wenn sich aber Selbstverwaltung streitet und Grabenkämpfe führt, dann geht dieses Vertrauen verloren.

2016 steht die Umsetzung neuer wie auch weiterer gesetzgeberischer Maßnahmen auf der Agenda des Bundesgesundheitsministeriums. Erinnert sei an das Antikorruptionsgesetz, das Pflegestärkungsgesetz III, das Psychotherapeutengesetz, das Pflegeberufsgesetz, das Cannabisgesetz u.v.m. Damit wird der Rahmen unserer Berufsausübung enger und wir müssen uns fragen, welchen Anteil die Ärzteschaft selbst an dieser Entwicklung hat.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie nun meinen, ich stimme der Wortwahl „Flüchtlinge“ doch zu, muss ich sie enttäuschen. Ich pflichte unserer Kanzlerin bei. Die letzten Monate in Sachsen haben mir ganz besonders gezeigt, dass die Mehrheit zusammensteht und gewillt ist, Probleme zu lösen statt Konflikte zu erzeugen. Unsere Gesundheitsministerin Barbara Klepsch hat mir mehrfach aus ganzem Herzen versichert, dass sie der sächsischen Ärzteschaft und ihren Organisationen sehr dankbar ist für die große Hilfe bei der Bewältigung der medizinischen Versorgung der bei uns hilfeschuchenden Menschen.

Ich wünsche uns allen, dass wir in dem vor uns liegenden Jahr nicht den Überblick für das Wesentliche verlieren und wir mit Kraft und Ausdauer unseren Verpflichtungen nachgehen. Und dies im humanistischen Sinne und mit Nächstenliebe.

Erik Bodendieck
Präsident